

Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung:

Brug 17

Brug 17

Brug 17

Telegraph

Sozialdemokr. Brug 17, Postfachamt 57544.

Inserate werden laut Tarif billigst berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlaß.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post

monatlich . . . K 2 18.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
gangjährig . . . 192.—

Kündigung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung des Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montags täglich früh.

3. Jahrgang.

Donnerstag, 26. Juli 1923.

Nr. 172.

Die Partei der Konfusion.

Von wem wäre sonst die Rede, als von dem wackeren deutschgelben Fähnlein der Jung, Knirsch und Konsorten! Es gibt wohl noch eine andere Partei, deren Politik die abenteuerlichsten Abwege wandelt: die deutsche Nationalpartei des Dr. Lodgman, aber die ist wenigstens konsequent in ihrer Verstricktheit, während die Deutschgelben wirklich nicht mehr wissen, was sie wollen. Das deutsche Volk soll, das deutsche Volk muß . . . ja, was denn? Jeden Augenblick „soll“ und „muß“ es etwas anderes. Was heute noch als unfehlbares Dogma in der Taktik der Herren Nationalsozialisten galt, wird schon morgen durch eine neue Idee, eine neue Konfusion abgelöst. In der Fabrikation neuer Parolen ist ihnen nur noch eine Partei gewachsen: die kommunistische. Kaum noch sind sich die bedauernswerten Anhänger dieser Partei bewußt geworden, daß die Juden der Ursprung alles Übels in der Welt sind, daß, um mit Börne zu sprechen, das Rudimentum ihrem schwindelnden Blicke als ein wildes Meer erscheint, wo Haiische rauben und heuchlerische Krokodile betrügen, und daß schließlich nur der infernalistischste Judentum die Welt der Erlösung entgegenzuführen kann — kaum hat sich, wie gesagt, das Gemütsleben der deutschgelben Mannen dieser antisemitischen Denkrichtung angepaßt, streut einer ihrer führenden Geister den Samen des Zweifels in ihr Herz und „prüft“, ob der Antisemitismus dem deutschen Volke fromme und ob es nicht doch besser wäre, wenn es die Juden als Volksgenossen gelten lassen würde. Darüber entsteht heftiger Streit unter den Schriftleitern, der unentschieden bleibt.

Dem ersten Teil der Konfusion folgt bald der zweite. Die deutsche nationalsozialistische Partei wurde als eine Partei der Gelben mit Fabrikantengeldern gegründet und erhalten, welche die Aufgabe hatten, den deutschen Kapitalisten als Fanghunde gegenüber der Sozialdemokratie zu dienen und den deutschen Arbeitern bei Lohnkämpfen in den Rücken zu fallen. Der Erfolg war, daß sich außer ein paar indifferenter Arbeiter nur der Abhub gewisser proletarischer Schichten ihnen zuwandte. Um wenigstens Teile der deutschen Arbeiterchaft zu gewinnen, befürworteten die Einen, die Partei zu einer „Klassenpartei“ zu machen. Nein, sagten die Andern, dann läuft uns der Kleinbürgerliche Anhang davon, wir dürfen höchstens „Standes“, aber keine „Klassen“-Interessen vertreten. Wir müssen den Klassenkampf führen, wie die Sozialdemokraten, erklärten etliche, worauf wieder andere proklamierten: wie sind eine Partei des deutschen Volkes, eine „Kampfpartei“ schlechtweg, und nicht bloß eine solche der Arbeiter. Nach dem Kriege waren die Deutschgelben begeisterte Demokraten und Republikaner, da das Zeitalter der Demokratie angebrochen schien, und es gab eine Richtung, die sogar auf eine Annäherung an die Sozialdemokraten hinarbeitete. Aber als Sorshy in Ungarn und Mussolini in Italien siegte, und Hitlers Ruhm in Bayern stieg, da dachten die Deutschgelben, daß sich mit dem Faschismus doch bessere Geschäfte machen ließen, als mit der Demokratie und dem Republikanismus, und so häuteten sie sich aufs neue. Demokratie ist Judentum, und Parlamente werden dem deutschen Volk nicht helfen, sagte Hitler, und sie taten alles, dem neuen faschistischen Messias nachzustreben. Und nun rufen sie nach der „nationalen Diktatur“, Beseitigung der Demokratie, und klagen gleichzeitig über die „nationale Diktatur“ der tschechischen Machthaber, und die Verletzung der Demokratie durch sie. Alles in einem Atemzuge! Nur recht „feste druff“ und radikal um jeden Preis, riet die eine Richtung; um Gotteswillen, nur bedächtig und vorsichtig, warnte die andere, denn seit dem Schugeseß getrauen sich unsere Genußgenossen, die Staatsangestellten sind, gar nicht mehr in unsere Versammlungen, und noch weniger will jemand mehr als Einberufer und Leiter einer Versammlung fungieren!

Und so ging es, bald mit „Gütt“, bald

Dem Chaos entgegen!

Katastrophale Lage der Arbeiterschaft. — Passivität der Reichsregierung. — 1 Dollar = 620.000 Mark.

Berlin, 25. Juli. (Eigenbericht.) Die Wirtschaftslage des Reiches hat eine so scharfe Zuspitzung erfahren, daß man den nächsten Tagen und Wochen mit der größten Besorgnis entgegensehen muß. Die Preise für alle Waren und Lebensmittel haben sich genau den Devisenkurven angepaßt, trotzdem sind gerade die nötigen Lebensmittel, wie Kartoffeln, Butter, Margarine, nur in geringen Quantitäten zu haben. Offiziell wird zwar versichert, dieser Mangel sei nur vorübergehend; in Wirklichkeit halten Produzenten und Händler, in Erwartung weit höherer Preise, die Waren zurück. Trotz des allwöchentlich festgesetzten Index und der zweimal wöchentlich stattfindenden Lohnauszahlung bleiben die Einnahmen der werktätigen Bevölkerung immer mehr hinter den Kosten der Lebenshaltung zurück. Die Hauptschuld an dieser Entwicklung hat die Passivität der Reichsregierung in allen Finanz- und Wirtschaftfragen. Die Rotenpresse bringt immer neue Papiermengen heraus, aber die Regierung unterläßt es noch immer, durch Anwendung geeigneter Maßnahmen, wie sie besonders die deutsche Sozialdemokratie seit langem fordert, dem unausgesehenen Währungszerfall zu begegnen. Es ist daher kein Wunder, wenn die Erbitterung der arbeitenden Massen immer mehr steigt und wenn sie ein leichtes Opfer der kommunistischen Paradediktatur werden. Die Sozialdemokratie ist nicht länger gewillt, diese Passivität des Kabinetts Cuno zu dulden. In diesen Tagen wird der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion über die Lage beraten. Zweifellos werden seine Beschlüsse geeignet sein, um durch schärfsten Druck die Regierung zur Erfüllung der sozialdemokratischen Forderungen zu zwingen.

Der Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft zeigt sich deutlich an dem Verfall der Mark, der heute an den ausländischen Börsen große Fortschritte machte. In Berlin war heute kein Devisenhandel, doch entspricht die Dollarpolitik heute etwa 620.000 Mark gegen 470.000 Mark am gestrigen Tage. Die österreichische Krone, deren Abstand von der Mark mehr als neun Monate hindurch konstant war, ist heute zur Edelvaluta geworden. Beim gegenwärtigen Tempo der Markentwertung wird Deutschland in absehbarer Zeit auch Rußland eingeholt und die schlechteste Währung der Welt haben.

Vorlesungen für den 29. Juli.

Berlin, 24. Juli. (Wolff.) Der Reichsminister des Innern hat ein Rundschreiben an die Landesregierungen erlassen, in dem auf die Möglichkeit von Zusammenstößen, insbesondere am 29. Juli, hingewiesen und ersucht wird, alle Maßnahmen zur Vermeidung von Ruhestörungen zu treffen. Rätigenfalls sollen alle Versammlungen unter freiem Himmel verboten werden. Der preussische Minister des Innern hat einen gleichen Erlaß an die Oberpräsidenten gerichtet.

Wie der sozialistische Parteivorstand dem „Vorwärts“ mitteilt, hat die Vereinigte sozialdemokratische Partei mit dem von den Kommunisten auf den 29. Juli angesetzten Antifaschistentag nichts zu tun. Die örtlichen Organisationen haben die Teilnahme an den Veranstaltungen abzulehnen.

Warnende Blätterstimmen.

Berlin, 25. Juli. Das in Preußen erlassene Verbot von Versammlungen unter freiem Himmel und das Rundschreiben an die Landesregierungen gegen etwaige Zusammenstöße, besonders am 29. Juli, mit wirksamen Mitteln einzuschreiten, wird von den Blättern im allgemeinen mit Befriedigung aufgenommen.

Die „Vossische Zeitung“ meint, man könne daher einen ruhigen Sonntag erwarten, aber die Regierung müsse sich Rechenschaft abgeben, daß mit den Mitteln der Exekution allein so gefährliche Strömungen nicht zu beendigen sind und müsse sich endlich einmal zu politischen Tatentschlüssen, vor allem zu Steuernmaßnahmen, um die Kosten des Ruhrkampfes nicht lediglich aus der Rotenerzeugung zu decken. Dem Blatte zufolge bestche nicht nur bei den Sozialdemokraten, sondern auch bei den anderen Parteien der Wunsch nach Einberufung des Reichstages, sowohl wegen der

mit „Gott“, weiter. Die Vereinigung der deutschgelben Abgeordneten mit den deutschbürgerlichen im Deutschen parlamentarischen Verband galt jahrelang „höchste Volksnotwendigkeit“, und die deutschen Sozialdemokraten, die nicht mit bei der „deutschen Einheitsfront“ sein wollten, wurden als schändliche Volksverräter verdonnert. Im Vorjahre aber sprengten die Deutschgelben mit Lodgman, der ihnen damals noch ein Nationalheiliger war, den Verband, der, wie sie versicherten, schon lange ihre Bewegungsfreiheit gehemmt habe, und das höchste Ziel war nun: nur nicht gemeinsam marschieren! Was nicht hindert, daß die Deutschgelben die Sprengung des Deutschen parlamentarischen Verbandes jetzt „zumindest als verfrüht“ bezeichnen. Der einzige „Kampf“, den die sagenhafte „revolutionäre“ Kampfgemeinschaft bisher führte, war die Klabbalgerei, welche die Deutschgelben mit der Partei Lodgman's be-

innerpolitischen, als auch wegen der außenpolitischen Vorgänge und damit der Reichstagsversammlung ist, wenn die englische Note eintrifft. Die „Rote Fahne“ schreibt zu dem Verbot u. a.: Die Arbeiter werden sich nicht von den weichen Worten überhöhlen lassen, die Millionen werden Mittel und Wege finden, um ihren Willen kundzugeben und der faschistischen Gefahr entgegenzutreten.

Ansturm auf die deutsche Reichsbank.

Berlin, 25. Juli. (Sch. P.-B.) Dem Ansturm, den die neue Geldentwertung und die dadurch notwendige Vermehrung der Zahlungsmittel gebracht hat, ist die Reichsbank nicht gewachsen. Die Kassaboten der Banken sitzen stundenlang tagelang und warten auf die Auszahlung der Gelder. Diese werden aber z. B. heute in 5000 Mark-Scheinen bezahlt, da die großen Scheine hauptsächlich nach dem Ruhrgebiet und der Provinz abgegangen sein sollen. Die „B. Z. am Mittag“ bemerkt dazu, daß ungeachtet dieser Knappheit gestern ein Tresor der Reichsbank in Berlin mit neugeprägten Ein- und Zweimark-Scheinen aufgefüllt worden ist. Die Banken suchen sich damit zu helfen, daß sie bis zu 20 Boten gleichzeitig nach der Reichsbank schicken. Heute morgen warteten schon Tausende, als die Bank geöffnet wurde. Die „B. Z. am Mittag“ betrachtet es als ausgeschlossen, daß die Reichsbank bei dem gegenwärtigen Betriebe den an sie gestellten Forderungen entsprechen kann.

Verhinderte Unruhen in Oskaschen.

Dresden, 25. Juli. (Wolff.) Als Fortsetzung der Unruhen in Breslau und Frankfurt sollten auch in Oskaschen von den Erwerbslosen große Krawalle veranstaltet werden. Der Polizei ist es gelungen, diesen Plan rechtzeitig aufzudecken, worauf alle Versammlungen der Erwerbslosen unter freiem Himmel verboten wurden.

gannen und heute noch weiterführen. Zur Zeit, als sie riefen, der Kampf müsse mit ungeheuren Mitteln geführt werden, schrieben sie auf ihr Programm das Selbstbestimmungsrecht. Jetzt aber heißt es: nicht Selbstbestimmungsrecht, sondern Selbstverwaltungsrecht, und Lodgman wird, weil er an dem ersteren festhält, als Don Quixote verhöhnt. Wohin sich die deutschgelbe Wetterfahne morgen drehen wird, hängt von der Windrichtung ab.

Aber schon kündigt sich eine neue deutschgelbe taktische Richtung an. Sie geht von Dr. Schilling aus, der nichts geringeres empfiehlt, als den Eintritt der Deutschen in die Regierungskoalition! Dr. Schilling stand nach dem Geständnis des „Tag“ früher „auf vorgehobenem Posten“ in der Partei, er war also sozusagen einer der deutschgelben Führer. Vor einem Jahre, am 14. Juli 1922, schrieb er noch in demselben „Tag“, der

jetzt über ihn unter dem Titel „Dr. Schilling's Irrwege“ leitet, folgendes:

„Es sei nicht geeignet, daß einzelne Vertreter des Bundes (der Landwirte), der Christlichsozialen, der Deutschdemokraten, hinsichtlich der Taktik Wege einschlagen, die nicht die unseren sind. Ich glaube, nicht betonen zu müssen, daß ich diese Wege bei der herrschenden Geistesverfassung der Tschechen für zum mindesten verfrüht ansehe. Eine Verhandlungsbereitschaft müßte den Tschechen erst mit ganz anderen Mitteln eingehämmert werden.“

Und darum freute sich Dr. Schilling damals, daß „der Gedanke der Kampfgemeinschaft immer mehr an Boden gewinne“. Nun aber hat dieser selbe Schilling in der Tropenpauer „Deutschen Post“ unter dem Titel „Verständigung“ einen Artikel veröffentlicht, mit dem verglichen die „Canossagänge“ Zulegers und Genossen sich wie Heldenzüge ausnehmen. Herr Dr. Schilling hält es an der Zeit, die Frage der Aufnahme der Deutschen in den Schoß der Koalitionsregierung zu prüfen, bei welchen Erwägungen die Parteien sofort auszusprechen seien, die erklären, mit den Tschechen gibt es kein Paktieren. Und er schreibt:

„Soweit mir bekannt ist, vertritt diese restlos unversöhnliche Haltung nur die deutsche Nationalpartei, während die nationalsozialistische Partei, da sie die Selbstverwaltung fordert, an ein Verhandeln denkt. Es gibt leider viele, die es schon als Volksverrat bezeichnen, wenn an einen sudeten-deutschen Politiker auch nur die Versuchung einer Verständigungsgeneigtheit herantritt. Es mag ja sehr forsch sein und schöne Erinnerungen aus der Leutnantszeit wachrufen, wenn man sofort mit dem schweren Geschütz des Volksverrats auffährt, abprobt und nun den politischen Gegner im deutschen Lager niederträttscht. Wir sollten aber mit solchen, doch etwas schwer wiegenden Vorwürfen, gerade Volksgenossen gegenüber, etwas sparsamer sein. Wer aber der Meinung ist, daß er seinem Volk dient, wenn er die Bürde eines Ministerpostens auf sich nimmt, oder wer einen „tschechisch-deutschen Bundesstaat“ für eine auch für die Deutschen zweckdienliche Form hält, ist deshalb noch lange kein Volksverräter. . . . Ich behaupte, daß sogar Voraussetzungen eintreten können, die uns Sudetendeutschen eine Verständigung mit den Tschechen zur nationalen Pflicht machen können. . . . Es kann daher an uns sehr wohl die nationale Pflicht herantreten, den Tschechen die Hände zu reichen.“

Dr. Schilling war nicht bloß Deutschgelber, er ist es noch. Der „Tag“ selbst gibt zu, daß er noch heute Mitglied der deutschen nationalsozialistischen Partei ist. Ob das, was Schilling sagt, nach unserer Meinung richtig ist oder nicht, mag unerörtert bleiben, jedenfalls steht es im schwersten Widerspruch zu dem, was die Deutschgelben als ihre Taktik und ihre Grundfäße ausgeben. Wohl sucht der „Tag“ Dr. Schilling's Anschauungen als solche „rein persönlichen Charakters“ hinzustellen und empfiehlt ihm „Zurückhaltung“, wenn schon seine persönlichen Anschauungen ihn in Gegensatz mit der Politik seiner Partei bringen, aber warum sollte sich Schilling „zurückhalten“, da doch jeder der deutschgelben Schriftgelehrten denkt und tut was er will. Heute so, morgen so. Dr. Schilling kann doch wirklich nicht wissen, was die augenblickliche offizielle Meinung der Partei der Konfusion ist. Bald demokratisch, bald faschistisch, bald antisemitisch, dann für ein Zusammengehen mit den Juden, bald Klassen- und bald wieder Volkspartei, heute für das Selbstbestimmungsrecht und nach vier Wochen für das Selbstverwaltungsrecht, erst mit den Kapitalisten, dann Anbiederung an die Sozialdemokraten, bald „äußerster Kampf“, dann Mahnung zur Vorsicht, bald gelb, bald rot — wie sollte da Dr. Schilling zweifeln, daß in dem Programm einer solchen Partei auch das „Paktieren mit den Tschechen“ nicht Platz finden sollte! Dr. Schilling's „Irrwege“, sie sind der normale Zustand einer Partei, die selber nicht weiß, was sie will!

Der englisch-tschechoslowakische Handelsvertrag.

Nach der Rückkehr des Ministers Benesch von seiner Fahrt in die Hauptstädte der Weststaaten hat man von den politischen Erfolgen dieser Reise wenig gehört. Dafür soll es dem Minister Benesch — so erzählt die Koalitionspresse — gelungen sein, einige für die Tschechoslowakei vorteilhafte Handelsverträge zum Teil vorzubereiten, zum Teil zum Abschluss zu bringen. Daß auch die wirtschaftspolitischen Ergebnisse der Ministerreise von sehr zweifelhaftem Wert sind, lehrt der mit Großbritannien abgeschlossene Handelsvertrag, der eigentümlicherweise in England schon veröffentlicht ist, während die Regierung scheinbar keine Eile hat, die großen „Erfolge“ ihres auswärtigen Ministers der Öffentlichkeit zur Kenntnis zu bringen.

Unter den Staaten, die mit der Tschechoslowakei lebhafteste wirtschaftliche Beziehungen pflegen, steht zwar England nicht an erster Stelle, immerhin ist bei der gegenwärtigen Industriekrise auch der Handelsverkehr mit Großbritannien nicht ohne Bedeutung. Im Jahre 1922 betrug die Einfuhr aus Großbritannien etwa 485.000 Meterzentner, d. h. 1,53 Prozent unserer Einfuhr, die Ausfuhr 1.274.000 Meterzentner oder 1,35 Prozent unserer Gesamtausfuhr. Unter den Hauptexportartikeln aus England waren Baumwolle und Baumwollwaren, Wolle und Wollwaren und andere Spinnstoffe, sowie Eisenwaren zu nennen. Was die Ausfuhr betrifft, kommen in erster Linie Zucker, Glas und Glaswaren sowie chemische Produkte in Betracht.

Welches ist nun der Inhalt des Handelsvertrages, wobei wir hier von den in jedem Handelsvertrage vorkommenden Bestimmungen über Steuern, Rechtshilfe, Handelsreisende, Vertreter usw. absehen? Der Vertrag ist auf Grundlage der Meistbegünstigung abgeschlossen, das heißt, England muß uns und wir England wie andere meistbegünstigte Staaten behandeln, mit Ausnahme von Desterreich und Ungarn, deren Vorzugsbehandlung durch die Friedensverträge ermöglicht wird. Im Handelsvertrag mit England wird wohl ganz allgemein davon gesprochen, daß der Handelsverkehr der beiden Staaten nicht eingeschränkt werden, das Bewilligungssystem nicht zu streng gehandhabt werden soll. Aber was die Hauptsache ist, das Bewilligungssystem bleibt. So lange dieses System in der Tschechoslowakei aufrecht erhalten wird, werden bestimmte Mengen von englischen Waren kontingentiert, die die Tschechoslowakei zur Einfuhr hereinlassen muß. Dafür nun, daß England dem Bewilligungssystem, welches die englische öffentliche Meinung genau so bekämpft wie die öffentliche Meinung aller Weststaaten, zustimmt, kann England spezielle Zölle auf spezialisierte Waren tschechoslowakischen Ursprungs erheben, wovon es die tschechoslowakische Regierung drei Monate vorher verständigt muß. Bemerkenswert ist auch, daß die Bestimmungen des Vertrages weder für die englischen Kolonien noch für die Dominions, welche sich selbst verwalten, gelten. Der Vertrag ist auf fünf Jahre abgeschlossen.

Was an dem Vertrage am meisten auszuweisen ist, ist eben, daß es bei dem bisherigen Bewilligungssystem in der Ein- und Ausfuhr bleibt. Der tschechoslowakischen Regierung, die in ihre Hochschutzzollpolitik ganz verarrt ist, genügen die Zölle nicht, sie muß noch besonders die Ein- und Ausfuhr, insbesondere die Einfuhr durch das Bewilligungssystem drosseln. Wohl ist vor einigen Tagen eine Verordnung erschienen, wodurch die Anzahl der Waren, die frei eingeführt werden oder deren Einfuhr nicht an eine Bewilligung, sondern nur an eine Anmeldung gebunden ist, erweitert wurde. Aber sehr wichtige Artikel, vor allem Lebensmittel befinden sich auf dieser Freiliste nicht. Die Agrarier müssen eben dadurch geschützt werden, daß man Getreide, Vieh und Fleisch, Butter und die meisten Fette noch immer nicht ohne Bewilligung einführen darf, was nur den Zweck haben kann, die Preise im Inland hoch zu halten. Die englische Regierung konnte natürlich dem Bewilligungssystem im Handelsverkehr zustimmen, weil ja aus England selbst weder Getreide noch Vieh und Fleisch eingeführt wird, und der Vertrag für die englischen Kolonien, aus denen wir Lebensmittel beziehen, nicht gilt. Dafür aber hat England sich die Möglichkeit vorbehalten, die tschechoslowakischen Waren höher zu besteuern als es im englischen Zolltarif vorgesehen ist. Das ist die sogenannte Meistbegünstigung, deren sich die Tschechoslowakei in England erfreut! Weil die Regierung an dem Bewilligungssystem in der Einfuhr festhält, gerät die tschechoslowakische Industrie in Gefahr, ihre Produkte mit höheren Zöllen belegt zu sehen als die Industrie anderer Staaten, was unter Umständen zu einer schweren Schädigung unserer Exporte werden kann. Dazu kommt noch, daß wie gesagt, der Vertrag für die englischen Kolonien nicht gilt, wodurch unserer Industrie weitere Exportmöglichkeiten entgehen.

So also schauen die Erfolge des Ministers Benesch auf wirtschaftspolitischen Gebiete aus!

Monarchistische Knüppelhelden und Diebsgesellen.

Das gerichtliche Nachspiel zur Sprengung des Wiener Nicolai-Vortrags. — Seiner Majestät Schiffsoffizier Räuberhauptmann Mofsig. — Kameradschaftsabend im — Kloster.

Wien, 25. Juli. (Eigenbericht.) Vor einem Schöffengericht fand heute der Prozeß gegen die Führer des Monarchistenvereines „Mlava“ statt, welche im Herbst dieses Jahres den Vortrag des Professors Nicolai aus Berlin sprengt hatten. Angeklagt sind der frühere Oberleutnant Szabo und der Maurergehilfe Gustav Groß, die beide auch in dem Prozeße, der gegen die Ditaragruppe wegen der Ermordung des Genossen Birncker geführt wurde, angeklagt waren. Beide sind wegen öffentlicher Gewalttätigkeit, Groß außerdem wegen Verleitung zum Diebstahl angeklagt. Der Hauptschuldige, der frühere Schiffsoffizier Mofsig, ist nach Triest geflüchtet; die Verhandlung gegen ihn wurde daher auch heute ausgesetzt. Er hätte sich auch wegen Körperverletzung zu verantworten gehabt, da er einen Vortragsbesucher durch Knüppelstöße verwundet hatte. Mofsig und Szabo hatten ihren Anhängern die Weisung gegeben, gegen die anwesenden Juden vorzugehen und diese zu verprügeln. Durch Zeugen ist auch erwiesen, daß Groß die Anhänger aufforderte, den Vortragsbesucher in die Kleider vom Leibe zu reißen und zusammenzuraffen, was zu nehmen sei. Die Sachen sollten vom Sprengungsleiter gesammelt und ausgeteilt werden.

In der heutigen Verhandlung wurde zunächst Groß, der sich in Haft befindet, einvernommen. Er erklärte sich für nicht schuldig, da er nur den Auftrag Mofsig ausgeführt habe. Nach dem Auftrage Mofsig sollten die Mitglieder der Ditaragruppe auf ein Pfeifensignal hin sich auf die Anwesenden stürzen. Als Groß gefragt wurde, wann er von Mofsig den Auftrag erhielt, erklärte er: „Bei einem Kameradschaftsabend im Minoritenkloster.“ Der Vorsitzende fragte ihn sodann über die Aufforderung zum Diebstahl aus. Der Angeklagte erklärte, daß es möglich sei, daß er gesagt habe: „Es macht nichts, wenn sich jemand etwas nimmt.“ Sowas sei schon öfters vorgekommen.

Vorsitzender: „Wollten Sie ihre Leute auf diese Weise bezahlen?“

Der Angeklagte bestreitet entschieden, daß er die Leute auf diese Weise bezahlen wollte oder daß er ihnen Geld gegeben hätte. Nur bei der Aufnahme der Leute in die Ditaragruppe sei erklärt worden, daß die Leitung dafür aufkommen werde, wenn etwas gefehle.

Vorsitzender: „Ja, mit dem, was dort gefunden wurde.“

Schließlich erklärt Groß, daß Mofsig gesagt habe, daß die Polizei den Diebstahl zwar verbiete, daß er aber selbst nichts dagegen habe, wenn sich die Leute etwas nehmen.

Vorsitzender: „Sagte Mofsig, daß ihr gegen die Juden vorgehen oder ihnen etwas stehlen sollt?“

Angeklagter: „Das ist doch kein Diebstahl!“

Vorsitzender: „Diebstahl nicht, aber Raub.“

Angeklagter: „Ich kann darin nichts Verbotenes sehen. Ich sagte nicht, daß die Leute plündern sollen, aber was einer erwischt, solle er mitnehmen. Es wird doch keiner etwas liegen lassen, wenn er etwas zum Mitnehmen sieht. Mofsig sagte auch: „Es wird doch keiner etwas liegen lassen.“

Der Verteidiger fragt den Angeklagten, ob er sich bei seinem Vorgehen einer strafbaren Handlung bewußt gewesen sei.

Angeklagter: „Nein, das habe ich nicht gewußt. Mofsig sagte auch, wir brauchten die Polizei nicht zu fürchten.“

Hierauf wird der Angeklagte Szabo einvernommen, der sich gleichfalls für nicht schuldig erklärt. Er habe nur im Auftrage des Selbstschutzbundes gehandelt, dessen Befehlshaber er jedoch sich zu nennen weigerte. Von einem Minderungsgebot habe er jedoch nichts gewußt.

Es sagten noch drei Zeugen aus, daß Groß seinen Leuten gesagt habe, daß man die Leute nackt ausziehen und nehmen soll, was möglich ist.

Das Urteil.

Das Schöffengericht verurteilte Gustav Groß wegen Verleitung zum Hausfriedensbruch und wegen versuchter Verleitung zum Gesellschaftsdiebstahl und zum Diebstahl, der in einer besonderen Bedrängnis der Bestohlenen verübt worden sollte, zu sechs Monaten schweren Kerker. Als mildernd wurde angenommen, daß Groß nicht aus politischer Überzeugung, sondern wie viele andere aus Not und Arbeitslosigkeit in den Dienst der Ditaragruppe getreten sei, sowie der Umstand, daß kein Schaden entstanden ist. Als erschwerend wurde angenommen, daß mehrere Personen verleitet worden sollten und die besondere Gefahr für die Versammlungsteilnehmer.

Szabo wurde freigesprochen! Es sei zwar wahrscheinlich, daß er gewußt hat, was geplant sei und damit auch einverstanden gewesen sei, doch hat kein Zeuge mit der zur Verurteilung notwendigen Bestimmtheit angegeben, daß Szabo mitgewirkt habe.

Der Verurteilte Groß nahm die Strafe an, ersuchte aber um drei Monate Strafausschub, damit er für seine Familie sorgen könne, was ihm auch gewährt wurde.

Belgien und Frankreich einig.

Paris, 25. Juli. Der französische Botschafter in London, der sich seit Freitag in Paris aufhält, ist gestern auf seinen Posten zurückgekehrt.

Der französische Botschafter in Brüssel überbrachte gestern vormittag Minister Jaspar den Entwurf einer Antwort Frankreichs auf die englischen Dokumente in der Reparationsfrage, den Poincare als Grundlage für die französisch-belgischen Verhandlungen übermitteln ließ. Nach dem „Petit Parisien“ ist für einige Tage mit französisch-belgischen Verhandlungen auf diplomatischem Wege zu rechnen. Das Blatt glaubt bestätigen zu können, daß hinsichtlich des passiven Widerstandes und der etappenweisen Räumung des Ruhrgebietes die belgische Regierung ihren Standpunkt nicht ändern werde. Es sei aber möglich, daß bezüglich der Reparationen die Minister Theunis und Jaspar versuchen, eine Verständigung mit London dadurch zu finden, daß sie einige Elemente aufnehmen, die schon wiederholt in den letzten Monaten von ihnen formuliert worden seien. Zweifellos seien sie vollkommen mit der französischen Regierung einig über das Minimum, das die beiden Länder von Deutschland verlangen müssen.

Sie ständen sogar einer Herabsetzung des Vertrages der Schuld der Obligationen der Serie C ablehnend gegenüber, so lange die Frage der interalliierten Schulden nicht geregelt sei.

Baldwin erwartet einen Erfolg.

Der Wiederaufbau des Welt Handels ohne Regelung der Reparationsfrage unmöglich.

London, 25. Juli. In einer gestern vor Londoner Bankiers und Großgeschäftsleuten gehaltenen Rede erinnerte Ministerpräsident Baldwin an die gewaltigen Anstrengungen auf dem Gebiete der Ersparungen, die Großbritannien seit Beendigung des Krieges gemacht hat. Seit Fri-

denzbeginn, sagte er, wurden die Staatsausgaben von 2000 Millionen auf 818 Millionen englischer Pfund herabgesetzt, die Zahl der Beamtenstaffel so erniedrigt, daß sie heute nur um 10 Prozent größer ist, als vor dem Kriege. Obwohl die Hälfte unserer Einnahmen zur Bezahlung der Schulden verwendet wird, haben wir doch die fundierte Schuld um 450 Millionen ausschließlich aus den laufenden Einnahmen herabgesetzt. Die nichtfundierte Schuld, die bei Kriegsende 1500 Millionen Pfund betrug, wurde beinahe auf die Hälfte vermindert. Außerdem bezahlten wir bis auf Amerika alle unsere ausländischen Schulden, brachten das Budget ins Gleichgewicht und reichten in das diesjährige Budget als ständigen Posten die Ausgaben für den Amortisierungsfond ein. All dies kostete uns viel, aber wir erlangten für diesen Preis den vollkommenen Kredit der Londoner City und des ganzen Landes.

Das alles genügt allerdings nicht. Der Kredit allein kann an und für sich den Welt Handel nicht aufrichten. (Ueberrmittlungsförderung.) Es gelang uns, den Anfang mit der Gesundung der österreichischen Finanzen zu machen und wenn der Weg dazu gefunden wird, kann dieses Vorgehen sicher auch dort angewendet werden, wo der gute Wille hiezu vorhanden sein wird. Alle wissen wir, daß es keine größere Schwierigkeit gibt, als eine rechthaffene Regelung der Reparationsfrage und daß der Mangel dieser Regelung im internationalen Welt Handel je weiter, desto mehr fühlbar sein muß. Wir machen gerade dieser Tage ein Anbot an unsere Alliierten, indem wir ihnen den ersten Schritt zu einer Regelung vorschlagen, der von einem solchen Geiste geleitet ist, daß ich mit Recht erwarten kann, unsere Bestrebungen werden am Ende von Erfolg gekrönt sein. Meinerseits werde ich nichts unterlassen, da es zu dieser Regelung kommt, wenn es in unseren Kräften steht.

Die Goldanleihe.

Berlin, 25. Juli. (Eigenbericht.) Die Goldanleihe des Reiches wird im Betrage von 105 Millionen Goldmark aufgelegt werden; die Ausgabe beginnt in der ersten Augustwoche zum Kurse von 95 Prozent. Die einzelnen Stücke der Anleihe, die auf Dollars basiert ist, laufen auf 21 bis 420 Goldmark und werden in Papiermark bezahlt. Für kleine Leute, die doch auch ein Interesse an einer wertbeständigen Anlage ihres Geldes hätten, kommt diese Anleihe nicht in Betracht, da das kleinste Stück gegenwärtig 3 Millionen Papiermark kostet.

50 Milliarden Mark beschlagnahmt.

Mainz, 25. Juli. (Wolff.) Die Franzosen haben gestern nachts und im Laufe des heutigen Vormittags auf der Reichsbank, die sie bereits seit längerer Zeit besetzt halten, das vorhandene Geld beschlagnahmt. Das Geld, dessen Höhe sich auf 25 bis 50 Milliarden Mark belaufen dürfte, wurde mittels Lastautomobilien weggeführt.

Eine Protektinote Deutschlands.

Berlin, 25. Juli. (Wolff.) Die Reichsregierung hat der französischen und der belgischen Regierung eine Note überreichen lassen, worin feierlich Verwahrung dagegen eingelegt wird, daß eine neue Verordnung der Rheinlandkommission jeden mit Strafe bedroht, der den rechtsverbindlichen Charakter der von der Kommission oder ihrer Organen getroffenen Anordnungen bestreitet oder durch Rat und Tat den Widerstand gegen dergleichen Anordnungen fördert, und daß diese Verordnung verbietet, durch Verteilung von Belohnungen an der Aufrechterhaltung des Widerstandes mitzuwirken. Die Note betont, daß der Bevölkerung des besetzten Gebietes aus der Nichtbeachtung dergleichen Anordnungen umsoweniger ein Vorwurf gemacht werden könne, als das deutsche Reich nach der ausdrücklichen Bestimmung des Rheinlandabkommens die Verwaltung des besetzten Gebietes behalten hat. In London und Rom sind von der Reichsregierung gleichfalls Vorstellungen in diesem Sinne erhoben worden. Weiterhin ist der französischen Regierung von der Reichsregierung eine Note übergeben worden, worin gegen die am 13. Juli erfolgte Besetzung Darmens feierlich Verwahrung eingelegt wird.

Sturmjungen im polnischen Sejm.

Warschau, 25. Juli. (PZA.) In der gestrigen Sejmung kam es bei Einbringung eines sozialistischen Dringlichkeitsantrages betreffend die blutigen Vorfälle bei der Unterdrückung der Streikdemonstrationen in Lodz und Czestochau zu starken Zusammenstößen, zwischen den Abgeordneten der Rechten und der Linken. Als der Innenminister Klernit das Wort ergriff, um die sozialistische Interpellation zu beantworten, erscholl ein wüster Lärm auf den Bänken der Linken und es wurden scharfe Zwischenrufe gegen den Minister laut. Der Minister erklärte unter anderem, daß in mehreren Fällen die Streikenden zuerst gegen die Polizei vorgegangen sind, die genötigt war, von der Waffe Gebrauch zu machen und daß die Kommunisten bestrebt waren, die Streikbewegung für ihre Zwecke auszunutzen. Diese Erklärung des Innenministers rief wiederholt einen Lärm auf den Bänken der Linken hervor, so daß die Sitzung unterbrochen werden mußte.

Der Lausanner Friedensschluß.

Große Bestriedigung in England.

London, 25. Juli. Die Meldung von der Unterzeichnung des Lausanner Friedens mit der Türkei wurde hier mit großer Erleichterung aufgenommen. Es wird anerkannt, daß beim Vergleich beinahe mit allen übrigen Verträgen in der Neuzeit der Lausanner Vertrag ein Muster der Großmut und Gerechtigkeit ist. Die Klätter erinnern an das Wort Curzons, der bei der Vorlage des Vertragsentwurfes im Jänner erklärte, dieser Vertrag könne entschieden der Kritik der öffentlichen Meinung in der ganzen Welt standhalten. Man behauptet nicht, daß die Bestimmungen des Lausanner Vertrages ideal sind, aber dieser Vertrag wird als große geschichtliche Begebenheit betrachtet, die vielleicht den Anfang einer neuen Ära im Verhältnis zwischen Großbritannien und der Türkei bedeutet. Es wird als zweckmäßig angesehen, daß Großbritannien, das eine so große Anzahl türkischer Angehöriger hat, einen Vertrag unterzeichnete, der die Unabhängigkeit der Türkei in vollem Umfange anerkennt. Die Presse spricht für die Zukunft gewisse Befürchtungen aus, bringt aber allgemein die Hoffnung zum Ausdruck, daß die Türkei durch ihre Staatskunst das in diesem Vertrag niedergelegte Vertrauen rechtfertigt.

Bauarbeiterstreik in Odrau.

Währ. Odrau, 25. Juli. Die Bauarbeiter haben gestern den Streik beschlossen, der heute eröffnet wurde. Die politische Bezirksverwaltung wurde von den Streikenden um Vermittlung ersucht. Die Ursache zum Streik ist die Lohnreduktion, die von den Baumeistern durchgeführt wurde.

Genossen!
Verbreitet die
Arbeiterpresse!

Ausland.

Der Zusammenbruch der holländischen kommunistischen Partei.

S. D. Amsterdam, Juli 1928.

Die immer mehr wachsende Unzufriedenheit in der holländischen kommunistischen Partei ist endlich zu einem katastrophalen Ausbruch gekommen. Auch für das Ausland kann es interessant sein, die historische Abwicklung der Streitfragen in dieser übrigens in Holland vollkommen bedeutungslosen Partei zu erfahren. Um darin aber nicht zu weitläufig zu werden, beschränken wir uns auf die Hauptsache.

Seit einigen Monaten herrschte in der holländischen kommunistischen Partei wachsende Uneinigkeit und Entrüstung über die Taktik, der die Führung dieser Partei folgen und über die Mittel, die sie anwenden zu müssen glaubte. Mäßig und ganz unerwartet kam diese Unzufriedenheit zum Ausbruch, als ein kommunistisches Mitglied des Amsterdamer Stadtrates Colly in einer Mitgliederversammlung der kommunistischen Parteiateilung Amsterdam gründliche Beschwerden gegen den Parteivorstand äußerte. Zwei Tage später wurde dieses Mitglied durch den Parteivorstand aus der Partei gestochen. Die Mehrheit der Amsterdamer Parteiateilung widersetzte sich jedoch gegen diese diktatorische Handlung und als die Angelegenheit bekannt wurde, schloß die Mehrheit der Mitglieder in den meisten Parteiateilungen sich Colly an.

Von Anfang an ist der Parteivorstand der Opposition gegenüber unmotiviert herausfordernd aufgetreten. Diese ging nun systematisch vor, nannte sich „Komitee für die dritte Internationale“ und erklärte, die Handlungen des Parteivorstandes stehen im Widerspruch mit dem Geist und Aufgaben der Moskauer Internationale. Hieraus ergibt sich, daß dieses Komitee sich also keinesfalls gegen die kommunistische Bewegung an sich richtet. Der Parteivorstand, besonders die Mitglieder Wynkoop, de Visser, v. Naveletyn und Ceton forderten ausdrücklich die Auflösung des Komitees, wohingegen das Komitee öffentliche Anerkennung als Opposition und Gelegenheit für Bekanntheitsgebungen im kommunistischen Parteiblatt verlangte. Darauf folgte „Massenausschluß“ seitens des Parteivorstandes. An einem Tag wurden z. B. ungefähr 50 kommunistische Mitglieder, alle Anhänger der Opposition, aus der Partei gestochen, u. a. auch zwei Parteivorstandsmitglieder Bouwman und de Radt.

Schließlich hat sich das „Komitee für die dritte Internationale“ an das Exekutivkomitee in Moskau gewandt mit der Bitte einzugreifen. Der Bericht der Opposition an Moskau ist sehr interessant. Wir entnehmen ihm, was die kommunistische Partei zu kennzeichnen, folgendes:

„Falls die holländische kommunistische Partei unter der jetzigen Führung bleibt, wird es ihr, werden in der reaktionären, noch in einer kommenden revolutionären Periode gelingen, die Führung der holländischen Arbeiterbewegung zu erobern... Es herrscht eine Art geistige Verwirrung in der holländischen kommunistischen Partei, demzufolge bleiben ihr die Arbeitermassen fern... Das Jahr 1928 hat erst recht gezeigt, daß die holländische kommunistische Partei nicht imstande war, und auch niemals imstande sein wird, die Aufgaben zu erfüllen, die ihr als Sektion der kommunistischen Internationale obliegen.“

Der Bericht tat seine Wirkung. Namens des Exekutivkomitees ist Radek nach Berlin gereist und hat dort eine Unterredung mit Vertretern der Opposition und des Parteivorstandes gehabt. Das erste Ergebnis der Verhandlungen war, daß dem kommunistischen Parteivorstand unterlagert wurde, noch weitere Mitglieder aus der Partei auszuschließen. Nur scheinbar hat der Vorstand diesem Verbot Folge geleistet, in Wirklichkeit hat er die „Reinigungsarbeiten“ fortgesetzt. Nur wurden die Mitglieder nicht ausgeschlossen, sondern suspendiert.

Die Opposition, jetzt unter Führung von Bouwman und de Radt, hat überdies einen Bericht mit sämtlichen Klagen gegen den Parteivorstand an das Exekutivkomitee in Moskau geschickt. Behufs Schlichtung der Differenzen sind Vertreter der Opposition (Sieuwerth van Nesema und de Radt) und des Parteivorstandes (E. de Visser) nach Moskau entboten. Bis jetzt sind sie noch nicht zurückgekehrt, weshalb die dort gefaßten Entschlüsse noch nicht bekannt sind.

Eine Internationale der Lebedouristen. In Frankfurt a. M. fand vor einigen Tagen eine Konferenz der Linken, Sozialrevolutionäre, lettischer Sozialisten, Deutscher Unabhängiger und des rechten Flügels der französischen Kommunisten statt, die sich zu einem internationalen Verband zusammenschloß, mit dessen Führung Lebedour betraut wurde.

Aus der Sowjetunion. Der Rat der ukrainischen Volkskommissare betraute das Volkskommissariat des Innern mit der Ausarbeitung eines Antrages für die Proklamierung Charkows zur Hauptstadt der Ukraine. Der Rat der Volkskommissare in der Ukraine erließ ein Dekret, durch das der gesamten Bevölkerung der Ukraine die sprachliche Gleichberechtigung zugesichert wird. Die Behörden der Republik erhielten die Befehle, die ukrainische und die russische Sprache anzuwenden.

Die Waise Radic. Wie aus Belgrad verlautet, wird die jugoslawische Regierung von der gerichtlichem Auslieferung des Abg. Radic wiederum absteuern. Die für vorgestern in der

Stuphtina erzwungene Entscheidung in dieser Frage unterließ über Wunsch der Regierung. Gestern abend wurde aus Belgrad gemeldet: Unmittelbar vor Verlegung der Stuphtina gelangte noch ein Bericht des Immunitätsausschusses zur Verhandlung. Die Debatte, die einen sehr lebhaften Verlauf nahm, erstreckte sich im wesentlichen nur auf die Frage der Auslieferung des Kroatenführers Radic. Von oppositioneller demokratischer Seite wurde betont, daß die Auslieferung nur wegen belangloser Pressebelästigungen erfolgte, während die gegen Radic vorliegenden Anklagen wegen schwerer politischer Verbrechen unbeachtet geblieben seien. Durch bloße Abhandlung der von Radic begangenen Pressebelästigungen dessen staatsfeindliche Aktion nicht lahmgelegt. Der Berichterstatter der Majorität verwies darauf, daß es sich bei dem Auslieferungsbegehren nur um die Ermöglichung eines ordentlichen Gerichtsverfahrens gegen mehrere Abgeordnete handle und daß der Auslieferung Radic demnach keine besondere politische Bedeutung beizumessen sei. Schließlich wurde dem Auslieferungsbegehren stattgegeben, worauf sich die Stuphtina bis zum Herbst vertagte.

Amerika schließt mit der Türkei einen Sondervertrag. An der Unterzeichnung des Orientfriedensvertrages haben sich die Vereinigten Staaten nicht beteiligt, da sie mit den Türken Sonderverhandlungen zum Zwecke des Abschlusses eines eigenen Vertrages führen. Der amerikanische Vertreter hat sich nach Washington um neue Instruktionen gewandt, die Türken verschieben infolgedessen noch ihre Abreise von Lausanne.

Die republikanische Strömung in Griechenland. Offiziell wird aus Athen bestätigt, daß zwischen der Venizelospartei und den Anhängern des gegenwärtigen Regimes und der Republik ein Zwiespalt eingetreten ist. Die Dissidenten erheben eine Kundgebung, in welcher sie erklären, daß die für die nächsten Wahlen eines die Wiedereinführung eines republikanischen Regimes in Griechenland fordernden Programm ausstellen werden.

Rußland über die larellische Frage. In Moskau ist der diplomatische Schriftwechsel mit Finnland über die larellische Frage veröffentlicht worden. In ihrer Note vom 16. Juni versuchte die finnische Regierung, indem sie sich auf eine Deklaration der russischen Delegation berief, ihr Recht auf die Wahrung der Interessen des larellischen Volkes zu beweisen. Ferner wird in der Note der Anspruch erhoben in strittigen Fällen den Völkerbund als maßgebende internationale Instanz anzuerkennen. Schischerin lehnt in seiner Antwort die Berufung auf die russische Deklaration mit der Begründung ab, daß dieselbe keinen vertraglichen, sondern einen rein informativen Charakter gehabt hätte. Ferner erkenne Rußland den Völkerbund nicht als ein unparteiisches Tribunal an. Den Versuch, die larellische Frage dem Völkerbund zu unterbreiten, betrachte Rußland als eine feindliche Einmischung in seine internen Angelegenheiten. Zum Schluß stellt die Note die illoyale Handlungsweise der finnischen Regierung der freundschaftlichen Haltung Rußlands gegenüber, das Finnland bedeutende Zugeständnisse auf wirtschaftlichem Gebiet gemacht habe. — Der internationale Gerichtshof im Haag beschloß mit Stimmenmehrheit, sich für inkompetent zu erklären, seine Anschauung über die larellische Frage zu äußern. Da die andere Partei, nämlich Sowjetrußland, nicht Mitglied des Völkerbundes ist, kann der Gerichtshof keinen Rat erteilen, bzw. nicht seine Ansicht ohne Zustimmung Rußlands zum Ausdruck bringen.

Der Ehrhardt-Skandal.

Berlin, 25. Juli. (Eigenbericht.) In einer Pressebesprechung suchte sich heute der Reichsjustizminister Dr. Heine gegen die Vorwürfe, die gegen ihn und den Präsidenten des Staatsgerichtshofes von der sozialdemokratischen Presse und der sächsischen Landesregierung erhoben werden, zu verteidigen. Er mußte zwar zugeben, daß der Präsident des Staatsgerichtshofes Herr Ehrhardt besondere Begünstigungen beim Empfang von Besuchen seiner Frau und seines Vaters gewährt hätte, aber das wäre sein gutes Recht gewesen. Trotzdem hätte die sächsische Verwaltung die Flucht Ehrhardts verhindern müssen. Der Minister verwahrte sich dagegen, daß er oder der Reichsanzler in die Untersuchung gegen Ehrhardt eingegriffen hätten.

Holländisch-französisches Abkommen über Vermietung von Transportwagen im Ruhrgebiet.

Paris, 25. Juli. (Gavas.) Dem „Matin“ zufolge hat Minister Le Troquer in der gestrigen Kabinettsitzung mitgeteilt, daß die niederländische Regierung eingewilligt hat, Transportwagen jenen Zügen beizustellen, welche Kohle in die französischen Kohlereien am linken Rheinufer befördern. Zwischen der niederländischen und der französisch-belgischen Eisenbahnverwaltung im Ruhrgebiete werden die Arbeiten betreffend einen gemeinsamen Transporttarif beendet.

Verhaftung eines Schweizer.

Essen, 25. Juli. (Wolff.) Wie die Rheinisch-westfälische Presse aus Bochum meldet, wurde der Direktor Schreiber vom „Bochumer Verein“ von den Franzosen verhaftet. Schreiber ist Schweizer Nationalität.

Tages-Neuigkeiten.

Kommunistische Demagogie. Wie unseren Lesern noch erinnerlich sein wird, haben die Kommunisten seinerzeit in Auffig einen Arbeitslosenrat gebildet, um gegen die Tätigkeit der Gemeindeverwaltung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Sturm zu laufen. Die Gemeinde hatte damals für die Arbeitslosen 100.000 Kronen bewilligt und unsere Genossen haben es in der Bezirksverwaltungscommission durchgesetzt, daß diese gleichfalls 100.000 Kronen für die Arbeitslosen widmete. Mit Hilfe dieses Geldes wurden den Arbeitslosen Mittagessen, Lebensmittel, Mietzins und Kohlenzuschüsse gegeben. Der Arbeitslosenrat verlangte, daß ihm eine Vertretung im städtischen Ausschuss, der diese Arbeitslosengelder verwaltete, bewilligt werde. Der städtische Ausschuss stellte sich damals jedoch auf den einzigen möglichen Standpunkt, daß er nur mit den Gewerkschaften als den Vertretern der organisierten Arbeiterschaft zu verhandeln habe. Der Kommunist Reumann, der den Arbeitslosenrat führte, und als Vertreter der kommunistischen Kreisgewerkschaftskommission in den städtischen Ausschuss hätte kommen können, zog es jedoch vor, draußen zu bleiben und eine unerhörte Dege gegen den städtischen Ausschuss zu beginnen, dem er vorwarf, daß er „Bettelaktionen“ betriebe. Als nun die Mittel für die Hilfsaktion sich erschöpften, berief die Kommunisten für den 19. d. M. eine Arbeitslosenversammlung nach Schredenstein ein, in der Reumann die Forderung erhob, daß die Stadt neuerdings einen Betrag von 100.000 K für die Arbeitslosen bewillige. Der Stadtrat von Auffig, der zu dieser Versammlung eingeladen wurde, schickte jedoch keinen Vertreter, sondern ließ dem Arbeitslosenrat durch eine Zuschrift erklären, daß es ihm unmöglich sei, wegen der schlechten finanziellen Lage der Stadt für die Arbeitslosen weitere Summen zu bewilligen und daß diese Pflicht dem Staate obliege. Dieses Schriftstück benützte die Kommunisten zu einer demagogischen Dege und setzten in der Versammlung in Schredenstein den ultimativen Beschluß, daß dem Stadtrat bis Montag folgende Forderungen zu erfüllen habe:

1. Sofortige Inangriffnahme von Notstandsarbeiten.
2. Unentgeltliche Abgabe von Nahrungsmitteln, wie Brot, Mehl, Zucker, Grieß, Milch und Kohlen für die Schreieraten.
3. Unentgeltliche Ausweisung für alleinstehende Ledige, einzeln oder nicht.
4. Abgabe von Bekleidungsstücken, nicht nur an Verheiratete und deren Familienmitglieder, sondern auch an Ledige.
5. Begahlung der Miete, wo nachweisbar die Notwendigkeit vorliegt.
6. Unentgeltliche Beistellung des Arztes und der Geburtshilfe und Abgabe der Medikamente.

Die Erfüllung dieser Forderungen war dem Stadtrat unmöglich, da die Stadtgemeinde nicht mehr über die Mittel verfügt, um neue Aktionen in die Wege zu leiten. Am Montag nachmittag erschienen denn bei dem Bürgermeisteramt etwa 120 Arbeitslose, um die Antwort auf ihr Ultimatum zu verlangen. Der Kommunist Reumann sowie die anderen Führer der Arbeitslosen waren vorfristigermode nicht erschienen. Vizebürgermeister Genosse Müller setzte einer Deputation und dann den Arbeitslosen selbst auseinander, daß eine derzeitige Flüssigmachung von Geldmitteln für die Stadtgemeinde unmöglich sei. Nachdem die Arbeitslosen die Erklärungen des Genossen Müller vollständig ruhig angehört hatten, entsetzten sie sich auch in voller Ruhe. Die Führer der Kommunisten waren jedenfalls deshalb nicht erschienen, weil sie doch selbst die Unmöglichkeit ihrer Forderungen einsehen mußten. Ihnen war es ja wirklich nur darum zu tun, in demagogischer Weise die Massen aufzuheizen und die Arbeit der Stadtgemeinde durch die Arbeitslosen in deren Augen herabzusetzen.

Zu den Gemeindevahlen. Wie die „Narodni Listy“ gestern berichteten, entspricht die Nachricht über den festgesetzten Termin der Gemeindevahlen nicht der Wahrheit. Die Festsetzung der endgültigen Daten soll, wie das Blatt erfährt, nicht vor Anfang August erfolgen. Erst in diesem Zeitpunkt werden die politischen Landesverwaltungen im Einvernehmen mit dem Minister des Innern die von den politischen Bezirksverwaltungen vorgeschlagenen Termine bestätigen. So weit bisher von festgesetzten Terminen die Rede ist, handelt es sich eben um die Vorschläge der politischen Behörden der untersten Instanzen. Die meisten Anträge gehen dahin, die Wahlen im September und in der ersten Hälfte Oktober stattfinden zu lassen. Was die Gemeindevahlen in Groß-Prag betrifft, ist gleichfalls ein Termin noch nicht festgesetzt worden. Die Reklamationskommission hat bisher ein Gutachten abgegeben, diese Wahlen im Monate November stattfinden zu lassen.

Aus dem Parteiseben Karpathoruhlands. Sonntag fand in Munkacs in Karpathoruhland eine Konferenz statt, in der sich verschiedene agrarische Gruppen zu einer einheitlichen Karpathorussischen Agrarpartei zusammenschlossen. Der Führer der neuen Partei ist Dr. Kaminskij. Es handelt sich da um die Bildung eines Regierungsablocks, der es wohl der Regierung ermöglichen soll, die Wahlen in Karpathoruhland auszusprechen.

Ein kleiner Irrtum. In einem fünfzehnjährigen Sage — o, wann werden die Deutschen der Deutschen die deutsche Sprache lehren? — der „Sudetendeutschen Tageszeitung“ wird Wien, „die alte Kaiserstadt an der schönen blauen Donau“ als die Schie-

bermonopole von Deutsch- und Seig-Desterreich“ bezeichnet, „in dem die Adler nicht nur als Wappentiere vorkommen, sondern auch als volksbeglückende Staatsmänner —“. Der deutschnationale Schreiberling hat sich offensichtlich in der Adresse geirrt. Schieber-Desterreich wird nämlich von den Christlichsozialen und den großdeutschen Parteigenossen der hakenkreuztragenden Sudenarier zugrundegerichtet, von den Herren Seipel und Waber. Unsere österreichische Partei steht, was auch einem Schriftleiter der „Sudetendeutschen Tageszeitung“ bekannt sein sollte, zu den Herren von der Schiebermonopole in der schärfsten Opposition. Trotzdem begreifen wir den kleinen Irrtum der heimischen Deutschnationalen. Sie verlieren immer den Verstand, wenn sie daran denken, daß es mit der „alten Kaiserstadt“ gar ist.

36.000 Kronen für die Bestätigung, ein Oberbauer zu sein. Der Prozeß Hanke kontra Wolf sojet, wie der „Freigeist“ meldet, 36.000 Kronen. Bekanntlich rief Hanke das „bürgerliche Gericht“ an, nominierte eine Reihe von Jüngern und gestaltete damit den Prozeß für Gericht und Advokaten sehr ertragreich. Diese 36.000 Kronen sind dem Kampfschah des Proletariats entzogen. Wieviel praktische Arbeit könnte für dieses Kapital geleistet werden? Und diese Verschwendung für das Wort „Oberbauer“!

Bankdirektor und Betrüger Pstroch — entkommen. Gestern registrierten wir die Plätmelung, daß der Direktor der Bismarck-Finiale der „Bogenföva banka“, der die Bank um etwa zehn Millionen geschädigt hat, verhaftet worden sei. Heute melden die Plätter, daß der ehrenwerte Direktor spurlos verschwunden ist. Uns kommt dieses plötzliche Verschwinden eines schon als verhaftet Gemeldeten etwas dunkel vor. Vielleicht untersucht man diese Angelegenheit ein wenig näher, wenn es sich auch nur um die Kleinigkeit von zehn bis zwölf Millionen handelt.

Beten, arbeitet und verhungert! Unter diesem Titel berichtet das Abendblatt des gestrigen „Pravo Vidu“ über die unerhörte Tatsache, daß der Olmüher Erzbischof den Waldarbeitern aus dem Gebiete von Wallachisch-Meseritsch, wo das Erzbistum Olmütz große Waldungen besitzt, seit Februar dieses Jahres die Löhne schuldig geblieben ist. Die Waldarbeiter haben schon wiederholt durch die Waldverwaltung die Auszahlung ihrer Löhne reklamiert, doch blieben ihre Bemühungen bis jetzt immer erfolglos. Sie erhielten jedesmal die gleiche Antwort: „Wartet, bis der Erzbischof Geld haben wird.“ Nun beabsichtigen die Waldarbeiter, eine Deputation nach Olmütz zum Erzbischof zu schicken, da sie nicht glauben können, daß der Erzbischof so vollständig mittellos ist. Das Unrechtste an dieser Lohnhinterziehung durch das Erzbistum Olmütz ist aber, daß die Waldarbeiter verpflichtet sind, alle sonntäglich in die Kirche zu gehen. Beten müssen sie also, arbeiten auch, aber sie dürfen dafür auch nur „höheren Ehre Gottes“ verhungern.

Die Skandalaffäre mit der Prager Gasanstalt. Der gestrige „28. Rijen“ erhebt schwere Anwürfe gegen den „Benov“ und die „Narodni Politika“, die durch eine gewissenlose Dege es im Prager Rathaus durchsetzen wollten, daß der Bau der Prager Gasanstalt der Gesellschaft „Dunal“ vergeben wird, obwohl diese Gesellschaft ein unerhört hohes Offert stellt und von der Gemeinde zwanzig Millionen Kronen als Voranschlag verlangt. In einem längeren Artikel weist der „28. Rijen“ nach, daß das Angebot der Gesellschaft „Dunal“ sich gegenüber dem Vorjahre bloß um 18 Prozent verbilligt habe, während die Löhne der Arbeiterschaft und die Gesehungskosten bereits um mindestens 35 Prozent gesunken sind. Die Gemeinde soll auf diese Weise um 25.5 Millionen Kronen betrogen werden, für welches Geld die mit finanziellen Schwierigkeiten kämpfende Gemeindeverwaltung sicherlich eine bessere Verwendung finden könnte, als es der Gesellschaft „Dunal“ und ihren Unterläufern und Agenten in den Taschen zu werfen. Schließlich wendet sich das genannte Blatt auch gegen die demagogische Schreibweise des „Benov“, der der Prager Bevölkerung einreden will, daß die Gaslieferung aus der von der Gesellschaft „Dunal“ gebauten Gasanstalt eine besonders billige sein wird, und der die Tatsache, daß andere Firmen billigere Angebote gemacht haben, dazu ausnützt, von nationalem Verrate zu sprechen.

Wie die deutschen Gemeinden zu Baubeiträgen für die tschechischen Minderheilschulen genötigt werden. Die Stadtgemeinde S. beabsichtigt, eine deutsche Bürgerschule zu bauen. Dieser Bau kann aber nicht früher in Angriff genommen werden, als der Bau der tschechischen Schule, da nach vielen Beispielen die Befürchtung nicht grundlos ist, daß, im Falle die deutsche Schule früher als die tschechische erbaut würde, die deutsche Schule einfach für tschechische Schulzwecke beschlagnahmt werden könnte. Um nun mit dem Bau der deutschen Schule beginnen zu können, muß die Stadtgemeinde ratieren, den Bau der tschechischen Schule ehebaldigst zu ermöglichen. Bei der kommissionellen Beschäftigung des Bauplazes für die tschechische Schule wurde vom Leiter der Kommission, einem Sektionsrat des Schulministeriums, dem Vertreter der Stadtgemeinde S. mitgeteilt, daß der Bau der tschechischen Schule nur dann im heutigen Jahre begonnen werden kann, wenn die Stadtgemeinde für den Bau eine größere Subvention beisteuert. Er deutete an, daß der Betrag von 300.000 K als das Minimum zu betrachten wäre. Um nun im angeedeuteten Sinne den Beginn des tschechischen Schulbaues — für welchen der Staat heuer angeblich kein Geld erbringen kann — zu beschleunigen, faßte die Gemeinde den Beschluß, die Subvention von 300.000 K zu bewilligen, da sich sonst der Bau der deutschen

Schule verzögert hätte. — So wirkt sich die tschechoslowakische Schulgesetzgebung aus. Zwar hat nach dem Bescheide die Kosten der Minderheitschule der Staat zu tragen und die Gemeinde ist im Ortschulsausschusse der tschechischen Minderheitschule nicht vertreten (wohl aber die tschechische Minderheit im Ortschulsausschusse für die deutschen Schulen). Trotzdem ist die deutsche Gemeinde genötigt, zu den Kosten der Minderheitschule beizutragen, will sie ihre deutschen Schulgebäude ihrer Widmung erhalten. Ja, die deutschen Gemeinden müssen noch froh sein, daß der Staat ihre Widmung für die tschechischen Minderheitschulen annimmt, da sie im anderen Falle mit der Beschlagnahme deutscher Schulgebäude für die tschechischen Minderheitschulzwecke rechnen müßten. Daß die Annahme solcher Widmungen geradezu ungeschicklich ist, geht daraus hervor, daß die tschechoslowakische Schulgesetzgebung die Kosten der Erhaltung der Minderheitschulen dem Staat angelastet hat, um den Gemeinden jeden Einfluß auf ihre Errichtung und ihren Fortbestand nehmen zu können.

„Dachile“ — Prager Stadtbekanntes Figur — contra Direktor Kramer. Die Direktion des Neuen Deutschen Theaters in Prag teilt uns mit: Am 25. d. M. fand vor dem Bezirksgerichte in Prag-Weinberge die Verhandlung in Sachen Jakob Weich gegen Direktor Leopold Kramer statt. Jakob Weich verlangt das Urteil, Direktor Kramer habe die Bezeichnung der Figur „Dachile“ in der Komödie „Die gestohlene Stadt“ von Egon Erwin Kisch abzuändern, weil er, Jakob Weich, unter dem Namen „Dachile“ der Prager Bevölkerung bekannt sei, und bewertet sein Interesse daran mit Kronen 5.000.— (1) Ob ein Spitzname geistlichen Schutz genießt und ob der Bühnenleiter und nicht der Autor, Regisseur oder Darsteller die Verantwortung dafür tragen, daß eine stadtbekanntes Figur unter ihrem Spitznamen auf die Bühne gestellt wird, dieses bildet die interessante Frage dieses eigentümlichen Prozesses. Die nächste Verhandlung wurde auf den 27. September d. J. angesetzt.

Infectionskrankheiten in Böhmen. In der Zeit vom 1. bis 15. Juli 1923 wurden bei Zivilpersonen in Böhmen folgende Erkrankungen festgestellt: 67 Fälle Scharlach (zwei Todesfälle), 38 Fälle Diphtherie (kein Todesfall), 75 Fälle Bauchtyphus (6 Todesfälle), 11 Fälle Ruhr (kein Todesfall), zwei Fälle epidemischer Genickstarre (zwei Todesfälle), 14 Fälle Wochenfieber (sieben Todesfälle), ein Fall Flecktyphus (kein Todesfall), 36 Typhom-Fälle (kein Todesfall), 19 Fälle Paratyphus (kein Todesfall), 37 Fälle Varicella (kein Todesfall). Bei Militärpersonen: ein Fall Malaria (kein Todesfall), fünf Fälle Katarrh-Grippe (kein Todesfall).

Der Prozeß gegen den Journalisten Dehne. Wie die Berliner Blätter melden, ist der Prozeß gegen den Berliner Journalisten Dehne, der beschuldigt wird, das Interesse des Reiches schädigende Nachrichten an ausländische und deutsche Zeitungen weitergegeben zu haben, auf den 1. Oktober l. J. vor dem Reichsgerichte in Leipzig anberaumt worden. Dehne hat gegen diesen Termin durch seinen Rechtsanwalt protestiert und mitteilen lassen, daß er in den Hungerstreik treten wird, falls der Prozeß nicht bis zum 31. d. M. eröffnet werden sollte.

Ein Niesendiebstahl am Semmering. Vorgestern wurden einem Gasts des Hotels Panhans am Semmering Schmuckgegenstände im Werte von zwei Millionen Kronen gestohlen. Vom Täter fehlt bisher jede Spur.

85.000 Dollar geraubt. Ein Bankbeamter wurde in Toronto (am Ontario See in Canada) auf der Gasse von sechs Männern überfallen, welche ihm 85.000 Dollars raubten und in einem bereitstehenden Automobil die Flucht ergriffen.

Tschechoslowakische Dufaten. Das Finanzministerium hat im Einvernehmen mit dem Ministerium für Unterricht und Volkserziehung von den Künstlern J. Benda und O. Spanicla, deren Entwurf des tschechoslowakischen Dufaten im Wettbewerb des ersten Preis ausgezeichnet wurde, das definitive Modell bestellt, nach welchem im staatlichen Münzamt in Kremnitz die Prägung der tschechoslowakischen Dufaten erfolgen soll.

Eine dreisprachige Wochenzeitung in Tschechien. Die aus Tschechisch, Tschechen gemeinlich wird, erscheint dort ein „unabhängiges“ Informationswochenblatt, das in drei Sprachen — tschechisch, deutsch und polnisch — herausgegeben wird. Das Blatt führt drei Titel: „Těšinský list“, „Tschechen Zeitung“ und „Gazeta Cieszyńska“. Der verantwortliche Redakteur des Blattes, Josef Kaleta, wohnt in Tschechisch-Tschechen, während das Blatt in der Druckerei Novak in Polnisch-Tschechen herausgegeben wird. Es ergibt sich da die interessante Tatsache, daß der verantwortliche Redakteur in einem anderen Staate wohnt und verantwortlich ist, als das Blatt erscheint.

Die Neuzeichnung der Prager Straßenbahnwagen wird zum größten Teile am kommenden Sonntag gleichzeitig mit den Neueinführungen im Prager Straßenbahnnetz vorgenommen werden. Die Motorwagen der Prager Straßenbahn werden von nun an an der Stelle, an der sich jetzt die Streckennummer befindet, den Namen der Endstation tragen; diese Tafel wird am Abend durch einen Reflektor beleuchtet werden. Die Bezeichnung der Wagen mit den Nummern der Strecke wird rechts von der Tafel mit der Bezeichnung der Endstation angebracht werden, und zwar so, daß die Nummer auch seitwärts sichtbar ist. Weiter werden die Motorwagen auf jeder Seite in der Mitte des Wagens eine Orientierungstafel tragen, auf der zu erkennen sein wird, welche größeren Straßen und Plätze die betreffende Strecke berührt. In den Beiwagen wird bei der rückwärtigen Eingangstür eine Tafel angebracht werden mit der Bezeichnung der Endstation und der Nummer der

Strecke. Die Beiwagen werden rückwärts mit Nummern nicht bezeichnet werden, weil sie aus Ersparungsrückichten auf verschiedenen Strecken Verwendung finden. Diese Neuzeichnungen werden mit kommenden Sonntag nicht allgemein eingeführt werden; es sollen vor allem diejenigen Motorwagen, die einzeln fahren, mit diesen Neuzeichnungen versehen werden. Die Kosten dieser Neuzeichnungen belaufen sich auf eine halbe Million Kronen.

Die Autorisierung. Der 59jährige Landwirt Ant. Niesl fuhr am Samstag auf einem Rad in Wies. Ein entgegenkommendes Auto warf ihn vom Rad, so daß der Unglückliche einen Schädelbruch erlitt, dem er am Sonntag im Krankenhause erlag.

7000 Blitze in fünf Stunden. Der meteorologische Mitarbeiter des „Manchester Guardian“ teilt auf Grund seiner Beobachtungen mit, daß er während des ungewöhnlich starken Gewitters, das sich dieser Tage über London entlud, in der Zeit von 11 Uhr nachts bis vier Uhr morgens mit Hilfe eines besonders feinfühligem Registrierapparates 7000 elektrische Entladungen gezählt habe, mit einem Durchschnitt von 19 Blitzen und der Höchstzahl von 47 in der Minute, während bei den in der letzten Zeit beobachteten Gewittern die durchschnittliche Zahl zwölf Blitze in der Minute betrug.

Das verhaftete Auto. Ein englischer Polizist sah auf einem Patrouillengang durch eine Straße des Seebades Skegness kürzlich ein Auto, das entgegen der Vorschrift führerlos auf der Straße stand. Da sich die Rückkehr des Chauffeurs verzögerte, der Polizist aber nicht länger warten konnte, zog er kurz entschlossen eine Handfessel aus der Tasche und legte sie dem Steuer an. Nachdem er so das Auto für verhaftet erklärt hatte, rief er ein Blatt Papier aus seinem Notizbuch, schrieb darauf, daß der Chauffeur den Schlüssel zum Öffnen der Fessel beim Polizeiamt in Empfang nehmen könne und heftete das Blatt auf das Vorder des Führersitzes. Der Chauffeur erschien denn auch nach einiger Zeit auf dem Polizeiamt, erhielt den Schlüssel und mit ihm ein Strafmandat wegen Verstosses gegen die Verkehrsordnung.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Zum Ostrauer Konflikt. Am Freitag begibt sich der Minister für öffentliche Arbeiten Erba nach Ostrau. Wie die tschechischen Blätter berichten, ist es zwar nicht seine Absicht, in dem Konflikt zu vermitteln, doch wird er den beiden streitenden Parteien nahelegen, den Konflikt baldmöglichst aus der Welt zu schaffen. Der Vollzugsausschuß der tschechischen Sozialdemokratie befaßte sich vorgestern abends mit dem Ostrauer Konflikt und beschloß, eine Deputation zum Ministerpräsidenten zu entsenden, welche diesem ihre Ansicht über die Beendigung des Konfliktes mitteilen soll.

Zur Beendigung des Streiks der Glasbläserarbeiter. In unserer Sonntagsnummer haben wir einen Bericht über die Beendigung des Streiks der Glasbläserarbeiter gebracht, der uns von der Streikleitung gesandt wurde. Dazu erhalten wir nun vom Arbeitgeberverband der Glasindustriellen folgende Berichtigung: „Es ist nicht richtig, daß nach am vergangenen Dienstag, als sich die Vertrauensmänner bei den Verhandlungen bemühten, durch einen Vermittlungsvorschlag eine Beilegung des Konfliktes zu ermöglichen, ihnen als Entgegnung von Herrn Dr. Fiedler in herrischem Tone zur Antwort gegeben wurde, daß es ganz ausgeschlossen sei, daß die Unternehmer mit den Arbeitern, solange nicht die Arbeit ausgenommen ist, verhandeln, und daß es ganz unmöglich sei, daß alle Arbeiter wieder eingestellt werden können, da bereits sechs Glasbläser gelöst seien und mehr als 500 Arbeiter als entlassen angesehen werden müßten. Es ist vielmehr richtig, daß Herr Dr. Fiedler am Dienstag, als die Vertrauensmänner der Arbeiter in der unter Vorbehalt des Gewerbeinspektors stattgefundenen Ausgleichsverhandlung die Geneigtheit, über einen Lohnabbau mit sich reden zu lassen, zeigten und den Streik zu beenden, folgendes erklärte: Die Unternehmer sind nicht in der Lage, von dem Lohnabbau, der die Ursache des Streikes war, etwas nachzulassen, die einzige Konzeption, die die Unternehmer zu machen in der Lage sind, liegt in der Geneigtheit, trotz des weiter dauernden Streikes mit den Arbeitervertretern zu einer Aussprache friedlich sich zusammenzusetzen und in der Bereitwilligkeit, unter bestimmten Voraussetzungen die Wiederaufnahme sämtlicher Arbeiter ins Auge zu fassen. Es ist nicht richtig, daß es erst dem Umstande, daß die Gewerkschaftsorganisation am nächsten Tag nochmals an die Herren die Frage richtete, ob das das letzte Wort sei, gelang, eine neue Verhandlungsbasis zu finden, welche schon einen Erfolg bedeutete, weil die Herren von ihrem prinzipiellen Standpunkte abgegangen waren, den sie am Tage vorher eingenommen hatten. Es ist vielmehr richtig, daß die Unternehmer durch die Gewährung einer nochmaligen Aussprache am nächsten Tage bloß ihren Standpunkt vom Tage vorher, an welchem sie ebenfalls mit den Arbeitern verhandelten, wiederholten. Es ist weiter folgendes nicht richtig: In der Lohnfrage wurde gegenüber dem Diktat eine zwei- bis fünfprozentige Besserung herbeigeführt, sodas die gesamte Lohnreduzierung ab 16. Juli für diejenigen Arbeiter, welche fünf Tage arbeiten, zwei Prozent, für alle anderen, welche sechs Tage arbeiten, fünf Prozent beträgt. — Dann gelang es bei einer ganzen Reihe von Arbeitern überhaupt jeden Lohnabbau zu verhindern. Es ist vielmehr folgendes richtig: Der Lohnabbau bei den Glasbläserarbeitern bleibt in demselben Ausmaße in Kraft, das in dem Diktat niedergelegt war; der Lohnabbau der Schichtarbeiter bleibt ebenfalls in demselben Ausmaße in Kraft, wie es in dem Diktat festgelegt war; die Verabsägung der Gebühren für Ueber- und Sonntagschichten, wie sie durch das Diktat vorgenommen wurde, bleibt ebenfalls weiter in

Kraft. Für den Fall der Anerkennung des Lohnabbaues haben die Unternehmer folgende Änderungen des Diktats zugesagt: 1) den verheirateten Stangen- und Siengelglasmachergehilfen von der Firma Jos. Nibel ohne Änderung des Lohnabbaues statt wie bisher 60 Prozent, nunmehr 62 Prozent vom Glasmacherverdienste zu gewähren; 2) den niedrigsten Prozentsatz der Enträger ohne Änderung des Lohnabbaues von 30 auf 35 Prozent zu erhöhen; 3) den Lohnabbau bei den Schichtarbeitern nicht von den Nebengebühren, wie Spesen der Autscher u. dal., vorzunehmen, und 4) einzelne individuelle Regulierungen der Löhne berücksichtigungswürdiger Schichtarbeiter ohne Änderung des Lohnabbaues den Betrieben zu überlassen.

Prager Messe. Die heutige siebente Herbstmesse wird vom 2. — 9. September stattfinden. An den bisher in Prag abgehaltenen. Herbstmessen nahmen bisher 12.931 Aussteller, das ist durchschnittlich 2156 Aussteller pro Messe teil. Die Zahl der Besucher betrug bisher 600.000. Für die nächste Herbstmesse sind etwa 2500 Anmeldungen erfolgt, darunter auch viele aus Frankreich und England. Im Rahmen der Messe wird heuer wieder eine Baumesse abgehalten werden und ein internationaler Bauindustriekongreß stattfinden. Die Messe wird in 17 Abteilungen ein Bild der mittelschönböhmischen Industrie bieten. Auch der Verband der tschechischen Städte wird im Rahmen der Messe eine Ausstellung veranstalten.

Steigende Notensut. — Abnahme des Reichsbankgoldes in Deutschland. Unausgesetzt arbeitet die Berliner Notenspreffe, und zwar in einem bis aufs äußerste angepannten Tempo. In der zweiten Juliwocde wurden nicht weniger als 5,25 Billionen Papiermark neu in Verkehr gesetzt und der Banknotenumlauf damit auf 25,5 Billionen Mark gesteigert. Die gewaltige Zunahme der Notensut geht in der Hauptsache zurück auf die Kreditbedürfnisse des Reiches. Nachdem sie in der zweiten Juliwocde rund 8 Billionen Mark Schatzanweisungen dem Reiche hat diskontieren müssen, ruhen jetzt für annähernd 30 Billionen Mark Schuldverschreibungen des Reiches in den Tresors der Reichsbank. Die anhaltende Inflation ist bekanntlich ein starker Antrieb zur Vermehrung der Nachfrage am Devisenmarkt, die die Reichsbank neuerdings fast durchweg mit eigenen Mitteln, d. h. durch Beleihung oder Veräußerung von Gold zu befriedigen suchte. In der Woche vom 7. bis zum 14. Juli, wo die Reichsbank bereits mit schärfsten Zuteilungen die Nachfrage nach Devisen einzuschränken versucht hat, mußte sie gleichwohl, um überhaupt Material an den Markt bringen zu können, nicht weniger als 50 Millionen Goldmark aus ihrem Goldbestande verlaufen. Auf diese Weise schrumpfte der gesamte verfügbare Goldbestand der Reichsbank auf 656,9 Millionen Goldmark zusammen, wovon 110 Millionen sich im Ausland befinden. Der ganze Ausweis ist ein geradezu vernichtendes Zeugnis für die fehlerhafte Devisenpolitik der Reichsbank, die auf der einen Seite mit technischen Mitteln den Markt zu beherrschen sucht und das nur in unzulänglichem Maße tun kann, während auf der anderen Seite die wachsende Inflation die Geldentwertung, und damit die Flucht aus der Mark, geradezu fördert. Erst nachdem der Reichsbank-Goldbestand um fast ein Drittel zurückgegangen ist, erwägt man die Auflegung einer wertbeständigen Reichsanleihe, die auf Goldmark lauten und in Papiermark eingezahlt werden soll. Man erwägt so noch immer Taten, die nach den Forderungen unbefangener Sachverständiger und nach den Wünschen der Sozialdemokratie schon längst hätten erfolgen müssen, wenn man den Abstieg der Mark wenigstens bremsen wollte.

Rußlands Außenhandel. In der letzten Sitzung der Sachverständigen des Volkswirtschaftsrates für Außenhandel wurde der offizielle Bericht über den Stand der russischen Ein- und Ausfuhr im Monate Mai vorgelegt. Die Ge-

samtausfuhr im Mai betrug 32.800.000 Goldrubel. Ausgeführt wurden: nach Deutschland 45,6 Prozent, nach England 13 Proz., nach Lettland 12 Proz., nach Amerika 11 Proz., nach Finnland 5 Proz., nach Polen 4 Proz., nach Belgien 2 Prozent usw. Eingeführt wurden Waren im Werte von 17.250.000 Goldrubel. Das größte Kontingent wurde aus Deutschland und England eingeführt. Von den eingeführten Waren nahmen die staatlichen Organisationen 90 Prozent, die gemischten Gesellschaften 5 Prozent, die Genossenschaften 2 und Privatpersonen 3 Prozent ab.

Devisennotiz.

Die tschechische Krone notiert in:

Paris	Schw. Frank	16,65:00
Berlin	Mark	12500:00
Wien	östr. Kr.	2122:00

Prager Kurse am 25. Juli.

	Gold	Ware
100 holl. Gulden	1318 00	1322 00
10.000 Mark	0,6250	0,5250
100 belg. Franks	163,75 00	165,25 00
100 schweiz. Frant.	600,25 00	602,75 00
1 Pfund Sterling	153,75 00	155,25 00
100 Lire	147,00 00	148,50 00
1 Dollar	33,40 00	33,80 00
100 franz. Franks	197,50 00	199,00 00
100 Dinar	35,37 50	35,87 50
10.000 maghar. Kronen	13,00 00	15,00 00
10.000 poln. Mark	1,15 00	1,65 00
10.000 österr. Kronen	4,40 50	4,90 50

Züricher Schlusskurse am 25. Juli.

	Gold	Ware
Paris	22,95 00	31,05 00
London	25,84 00	25,70 00
Berlin	0,00 09 50	0,00 10 50
Mailand	24,37 50	24,47 50
Holland	218,75	219 75
Wien	0,00 78 63	0,00 79 13
Budapest	0,03 00	0,04 00
Prag	16,90 00	16,70 00
New York	5,57 50	5,59 00
Belgrad	5,90 00	6,00 00
Warschau	0,00 33 00	0,00 30 00

Kunst und Wissen.

Neues Theater. Heute Donnerstag die neuarrangierte Schulkomödie „Blaschmann als Erzherz.“ morgen Freitag als letzte Vorstellung dieser Spielzeit die Kalmus-Operette „Das Hollandweibchen“.

Bereinsnachrichten.

Touristenverein „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Prag. Donnerstag, den 26. Juli ab 7 Uhr Zusammenkunft in der Reifin-Restaurant. — Sonntag, den 29. Juli: Ganztäg nach Radoštin—Pulim—Dobřichovitz. Badegelegenheit. Zusammenkunft halb 7 Uhr Palackýkat. Führer Dr. Klein.

Mitteilungen aus dem Publikum.

11-19. AUGUST
IV. INT. REICHENDERGER MESSE
1923

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak.
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß.
Druck: Deutsche Zeitungs-Druckergesellschaft, Prag.
Für den Druck verantwortlich: O. Holik.

Schutz der Republik.

Erläuterung des Gesetzes v. 19. März 1923.

Im Verlage des Parteivorstandes der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei erschienen. 72 Seiten Hart.

Das Buch enthält den gesamten Text des Gesetzes zum Schutz der Republik vom 19. März 1923 und zu jedem Paragraphen eine ausführliche juristische Erläuterung. Weiter enthält das Buch den vollständigen Text des Gesetzes über das Staatsgericht vom 19. März 1923. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen zum Preise von 2 10.—. Für organisierte Arbeiter ist das Buch durch die zuständige Bezirksorganisation oder das

Sekretariat der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Teplitz-Schönau, Selterstr. 1 zum Preise von 2 4.— zu beziehen.

Deutscher Theatergarten
Heute großes Konzert
Anfang 3 Uhr. 1748 Anfang 3 Uhr.

Druck- und Verlagsanstalt Gesellschaft m. b. H. Teplitz-Schönau,
Tischlergasse 6, 1002
empfehl sich den P. T. Behörden, Vereinen, Organisationen, Gemeinden und Kaufleuten zur Herstellung von Drucksorten: wie Tabellen, Büchern, Broschüren, Zeitschriften, Zirkularen, Mitteilungsblättern, Einladungen, Plakaten, Flugschriften, Fakturen, Briefpapieren etc. in solider und rascher Ausführung. Setzmaschinenbetrieb und Rotationsbetrieb.

Unlo-Fliegenfänger spart viel Aeger und Geld!
Unlo-Werke, G.m.b.H., Pilsen,
Fillalet PRAG I. Mikulská 32.

Seit 37 Jahren.
KALODONT
Lohncreme